

„Der Anfang einer Vertretung der Arbeiterschaft auf dem Rathause ist gemacht ...“ – Erfurts Übergang zur Großstadt um 1900 und die lokale Arbeiterbewegung

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

„Der Anfang einer Vertretung der Arbeiterschaft auf dem Rathause ist gemacht“, schrieb im Mai 1911 die sozialdemokratische Zeitung „Tribüne“, als mit Karl Gaßmann und August Nowag erstmals zwei Sozialdemokraten in das Erfurter Stadtparlament einzogen. Ich möchte meinen Vortrag anlässlich dieses Erfolgs allerdings *nicht* in der heutigen Landeshauptstadt beginnen. Stattdessen führe ich Sie in das benachbarte ehemalige Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha.

Denn Vergleiche machen oft erst die Besonderheiten und Unterschiede *oder* die Gemeinsamkeiten und Ähnlichkeiten einer Entwicklung sichtbar. Verlassen wir also für einen Moment Erfurt und gehen nach Waltershausen.

Waltershausen – mit über 7.000 Einwohnern im Jahr 1910 viertgrößte Stadt des Gothaer Herzogtums – hatte sich zu einem kleinstädtischen Industriestandort entwickelt. Der Anschluss an das Eisenbahnnetz hatte den Aufstieg erleichtert. Die Spielwarenindustrie erlangte eine gewisse überregionale Bedeutung. Warum aber dieser Weg über Waltershausen nach Erfurt?

In Waltershausen gelang bereits 1898 etwas, das sich erst mit 13-jähriger Verspätung in Erfurt ereignen sollte: der Einzug eines

Sozialdemokraten in die Stadtverordnetenversammlung. Ein Bürgerverein hatte sich dort gebildet, der Arbeiter, Gesellen und kleinen Handwerksmeister finanziell beim Erwerb des Bürgerrechts unterstützte. Sozialdemokratisch gesinnte Waltershäuser erhielten so das Bürgerrecht und brachten ihren ersten Abgeordneten ins Stadtparlament.

Der sozialdemokratische Wahlsieg erschreckte die politische Führung und Elite von Waltershausen so sehr, dass sie die Bürgerrechts-Gebühren bald von drei auf zwanzig Mark für in Waltershausen Geborene bzw. von zwanzig auf hundert Mark für Zugezogene erhöhten. Aber ohne Erfolg: 1904 hatte die Stadtverordnetenversammlung sogar eine sozialdemokratische Mehrheit.

Warum dieser Erfolg, der den Erfurter Sozialdemokraten bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges versagt blieb? Das wird die im Hintergrund leitende Frage meines heutigen Vortrags sein. Der Erfolg in Waltershausen hatte vor allem mit der Wählerstruktur von Waltershausen und der politischen Kultur im Herzogtum zu tun.

Das kleinstädtisch-industrialisierte Waltershausen mit seinem hohen Anteil an Arbeitern unter den Wählern machten Wahlerfolge leichter. Hinzu kam das relativ liberale politische Klima im Herzogtum, in dem der Sozialdemokrat Wilhelm Bock bereits 1901 zum Vizepräsidenten des Landtags gewählt worden war.

Unvorstellbar in Preußen – und damit sind wir zurück in Erfurt. Denn Erfurt war eine preußische Stadt in Thüringen – fast ist man versucht

zu sagen, preußischer als viele andere preußischen Städte. Aber dazu kommen wir später. Fragen wir stattdessen zuerst nach der Sozialstruktur und dem Wandel Erfurts um und nach 1900, vor dessen Hintergrund sich der Einzug der beiden Sozialdemokraten August Nowag und Karl Gaßmann in die Stadtverordnetenversammlung vollzog.

Die Meinungen der Zeitzeugen über Erfurts Wandel gingen weit auseinander. Zeitzeugenschaft ist eben immer subjektiv geprägt. Erfurt am schlechtesten in Erinnerung hatte offenbar Kurt Zoege von Manteuffel, ein Kollege von Edwin Redslob. Als Redslob 1912 sein Amt als neuer Erfurter Museumsdirektor antrat, schrieb Manteuffel: „Hoffentlich gewinnen Sie ein freundliches Verhältnis zu der Anfangs etwas grauseligen Stadt“.

Ganz anders nahm dagegen der Leutnant Georg Hummel die Stadt wahr, als er sich 1906 in einem Haus in der Langen Brücke einquartiert hatte: Erfurt habe „noch viel von (seinem) Mittelstadt-Charme“ behalten. „Das Leben und Treiben vor den Schaufenstern des Angers, der reger gewordene Betrieb am Bahnhof und andere Erscheinungen des wirtschaftlichen Fortschritts standen in einer behaglichen Atmosphäre“.

Das strukturell differenzierteste Bild von Erfurt schließlich zeichnete der Reiseschriftsteller Karl Emil Franzos nach der Jahrhundertwende: „Wie dicht sind die hohen Häuser geschart, wie eng die Gäßchen, wie klein die Plätze. Um dieses alte Erfurt schießt nun von allen Seiten das neue empor: im Westen und Süden das Villenviertel, im Osten und Norden Fabriken, Arbeiter-, Schlacht-, Lager- und Krankenhäuser.

Und endlich als Rahmen dieses Stadtbildes die Blumen- und Gemüsegelder.“ So beschrieb 1901 Franzos für die „Vossische Zeitung“ seinen Blick über die Stadt.

Das war die subjektive Seite des Wandels, daneben gibt es auch die harte Realität der Zahlen und Statistiken. Auch wenn in einer heute stark kulturgeschichtlich ausgerichteten Geschichtswissenschaft Quantifizierung allzu sehr vernachlässigt wird, ist statistisches Material unverzichtbar, um strukturellen Wandel beschreiben zu können.

Erfurts Bevölkerung war nach der Entfestigung ab den 1870er Jahren stark gewachsen. Zwischen 1870 und 1900 verdoppelte sich die Einwohnerzahl von rund 42.000 auf 85.000 Einwohner. 1906 wurde die Grenze zur Großstadt mit mehr als 100.000 Einwohnern überschritten. Drei Faktoren standen hinter diesem Anstieg: natürliches Bevölkerungswachstum, Wanderungsgewinne und Eingemeindungen.

Im zeitlichen Verlauf spielte die natürliche Bevölkerungszunahme gegenüber dem Zuzug eine immer größere Rolle. In den 1880er Jahren kam der Einwohneranstieg noch zu fast zwei Drittel aus der Zuwanderung. Zwischen 1906 und 1910 resultierte dagegen das Bevölkerungswachstum Erfurts zu 55 Prozent aus dem Geburtenüberschuss. Die Städte des Kaiserreichs waren extrem junge Städte: 317 von tausend Erfurtern waren 1905 jünger als 15 Jahre. [100 Jahre später im Jahr 2005 waren es 104]

Schließlich trug die Eingemeindung von Ilversgehofen mit über 11.000 Einwohnern den entscheidenden Anteil zum großen Bevölkerungsanstieg vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges bei.

Als Hauptstadt des preußischen Regierungsbezirks sowie als bedeutender Industriestandort im thüringischen Raum nahm Erfurt im 19. Jahrhundert eine zentralörtliche Funktion wahr. Erfurts Wirtschaft war daher selbst in Zeiten der Hochindustrialisierung nie nur eine Industrie- und Arbeiterstadt gewesen. Regierungs-, Post- und Eisenbahnverwaltung stellten zahlreiche Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich zur Verfügung.

Dennoch fanden die meisten Erfurter im produzierenden Gewerbe Arbeit. Nach der Berufszählung von 1907 arbeitete fast die Hälfte der Erfurter Erwerbstätigen im sekundären Sektor. Erfurts Industrielandschaft bestimmten die großen Schuhfabriken, die staatliche Gewehrfabrik sowie die oft noch in Heimindustrie produzierende Textil- bzw. Mäntelindustrie. Die Maschinen- und Metallindustrie war vorwiegend in Ilversgehofen angesiedelt. Saisonal geprägt schließlich war der Wirtschaftszweig der Blumenzucht und des Gemüseanbaus.

Karl Emil Franzos' Blick über Erfurt brachte einen Aspekt zum Ausdruck, der grundlegend für moderne Stadtentwicklungen ist: ihre soziale Segregation bzw. Viertelbildung. Neben den östlichen Stadtteilen lebten vor allem in den beiden nördlich an die Altstadt anschließenden damaligen Stadtbezirke IV und XIV die meisten Arbeiter.

Dort gab es zahlreiche Arbeiterkneipen wie die Hilmar Schrickels „Zum alten Moritz“, in der nach Einschätzung der Polizei „minderes Publikum und sozialdemokratische Mitglieder verkehre“ – und in der die sozialdemokratische Zeitung „Tribüne“ auslag. Im Jahr 1895 befand sich ein Viertel der 130 Erfurter Lokale, in denen man die „Tribüne“ lesen konnte, in den beiden Stadtbezirken IV und XIV.

Nach der Jahrhundertwende entwickelte sich mit dem Genossenschaftsbau im damaligen XIV. Stadtbezirk rund um die Karl-, Auen- und Adalbertstraße eine sozialdemokratische Arbeiter-Hochburg. Vor allem relativ gut verdienende Facharbeiter konnten sich den für damalige Verhältnisse hohen Wohnstandard und die teuren Mieten leisten.

Diese Sozialgruppe stellte im späten Kaiserreich auch den stabilen Kern der Sozialdemokratie dar. Bei den Reichstagswahlen im Jahr 1912 erhielt der sozialdemokratische Kandidat Heinrich Schulz in dem Wahlkreis, in dem die Genossenschaftswohnungen lagen, achtzig Prozent der Stimmen.

Schließlich zeigt sich die Verdichtung hin zu einem sozialdemokratischen Milieu im Norden Erfurts auch darin, dass hier an der Magdeburger Straße mit dem Tivoli ein dauerhaftes Vereinslokal gefunden wurde. Mit dem neuen Wirt Karl Leidel „haben auch die sozialdemokratischen Vereine dort Einzug gehalten“, lautete der Kommentar der Polizeiverwaltung im April 1902 über die Besucher des Lokals. Die Arbeiterschaft eroberte sich gewissermaßen städtischen Raum. Stadt besteht eben nicht nur aus urbanen Strukturen, sondern ist das, womit Menschen die Strukturen füllen.

Und hier schuf die Arbeiterbewegung mit ihren kulturellen, sportlichen sowie journalistischen Angeboten und ihren Freizeitmöglichkeiten neue Partizipationsmöglichkeiten für die Arbeiter. Überhaupt befanden sich die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und die ihr nahe stehenden freien Gewerkschaften in Erfurt nach der Jahrhundertwende im Aufwind. In den 1890er Jahren war die Mitgliedschaft des Erfurter sozialdemokratischen Vereins nur allmählich von rund 150 auf 300 Mitglieder gestiegen. Im Jahrzehnt nach 1900 dagegen verzehnfachte sich fast die Mitgliederbasis des Vereins auf über 3.000 im Jahr 1911/12.

Die verschiedenen Berufsorganisationen der freien Gewerkschaften verzeichneten am Ende des Jahres 1913 sogar rund 10.400 Mitglieder. Bei den Erfurter Gewerkschaften zahlenmäßig am stärksten war der Fachverein der Schuhmacher mit annähernd 3.000 Mitgliedern, darunter achthundert Frauen. Es folgten die Gewerkschaft der Metallarbeiter mit 2.200 und die der Bauarbeiter mit rund 1.300 Mitgliedern.

Im Erfurter sozialdemokratischen Verein sah die Sozialstruktur anders aus. Bis in die Mitte der 1890er Jahre stellten Schuhmacher und Schneider die Hälfte der Mitglieder. Mit dem Anstieg des sozialdemokratischen Vereins allerdings ging ein prozentualer Bedeutungsverlust dieser Berufsgruppen einher. 1910 machten Schuhmacher nur noch 14 Prozent und Schneider nur noch drei Prozent aus. Nach der Jahrhundertwende wurden Metallarbeiter die dominierende Berufsgruppe. Hinzu kamen Maurer und Bauarbeiter sowie die große Gruppe der Transportarbeiter.

Die unspezifischen Berufsbezeichnungen wie Metall-, Transport- oder Holzarbeiter machen deutlich, dass die handwerkliche Phase der Sozialdemokratie auch in Erfurt an ihr Ende gekommen war. Vor allem Gesellen und kleine Handwerksmeister hatten das Gesicht der frühen Arbeiterbewegung geprägt. Nun, nach der Jahrhundertwende, traten stärker die oft bereits in der Industrie ausgebildeten Facharbeiter in den Vordergrund, die sich auch in ihrer Selbst- wie in der Außenwahrnehmung nicht mehr als Schlosser, Dreher oder Schreiner bezeichneten.

Für die kontinuierliche Entwicklung des sozialdemokratischen Vereins spielten gute Kommunikationsbeziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft eine entscheidende Rolle: „Aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wurde dem Verein durch systematische Agitation eine ganz erkleckliche Anzahl neuer Mitglieder zugeführt, wie auch in den großen Versammlungen die Werbung von Mitgliedern erfolgte“, hieß es im Jahresbericht des sozialdemokratischen Vereins aus dem Jahr 1903.

Allerdings stieß die Sozialdemokratie dabei auch auf Gleichgültigkeit. In einer Agitationsschrift „Bist Du Sozialdemokrat?“ imitierte der Verfasser die Stimme eines Gewerkschafters: „Ich bin organisiert, zahl meine Beiträge, wähle nur rot, was soll ich weiter machen.“ Damit wurde in der Tat die Haltung der meisten Gewerkschaftsmitglieder umschrieben. Um 1910 lag der Anteil der Parteimitglieder unter den Gewerkschaftern in allen Gewerkschaften unter einem Drittel. Den höchsten Verflechtungsgrad wiesen die

traditionellen Gewerkschaftsverbände der Buchdrucker, Tabakarbeiter und Schneider auf.

Parteimitgliedschaft und Parteiarbeit war nicht die Welt der ganzen und unsteten Arbeiter. Der Anteil derjenigen Mitglieder, die jünger als 25 waren, war sehr gering; er lag in den Jahren nach 1900 bei nur fünfzehn Prozent. Die überwiegende Mehrheit der Mitglieder des sozialdemokratischen Vereins Erfurts hatte ihre berufliche Ausbildung bereits vor vielen Jahren abgeschlossen, während ihrer Arbeit möglicherweise verschiedene Betriebe und Arbeitsformen kennengelernt, in ihrem Leben zahlreiche Erfahrungen gesammelt.

Weit über die Hälfte der Mitglieder waren zwischen 26 und 40 Jahre alt. Ein Großteil der Erfurter Sozialdemokraten dürften daher verheiratet und Familienväter gewesen sein. Ihr Blick auf die Gesellschaft war breiter und nicht allein von Arbeitsplatz-Erfahrungen determiniert. Sie erkannten, dass gewerkschaftliche Arbeit alleine nicht ausreichte, um bestehende gesellschaftliche Ungleichheiten zu beseitigen.

Sie waren lebensweltlich und organisatorisch der feste Kern, an den sich mobilere Teile der Arbeiterschaft angliedern konnten. Denn Fluktuation – sowohl in den Gewerkschaften als auch im sozialdemokratischen Verein – blieb auch in der Phase des organisatorischen Aufstiegs und Erfolgs ein Problem.

Insgesamt gesehen aber war die Sozialdemokratie organisatorisch aus den strukturellen Wandlungen Erfurts nach der Jahrhundertwende als Siegerin hervorgegangen. Eine derart feste Struktur, in der Lebens-

und Arbeitswelt eng verknüpft waren, besaß keine der bürgerlichen parteipolitischen Organisationen. – (Auf der Ebene des Reiches noch am ehesten das katholische Zentrum, dies aber spielte in Erfurt keine Rolle.) – Sehr deutlich lässt sich dieser Aufstieg der Sozialdemokratie auch auf der politischen Bühne der Reichstagswahlen ablesen.

Bereits mit dem Ende des Sozialistengesetzes im Jahr 1890 stieg bei den Reichstagswahlen der Anteil der abgegebenen Stimmen auf rund 45 Prozent. Ungefähr auf diesem Niveau lag der Wähleranteil auch in den folgenden Jahren, ehe 1912 die Sozialdemokratie in der Stadt 52 Prozent der abgegebenen Stimmen erhielt. Seit 1890 war die Sozialdemokratie daher in der Stadt die dominierende Kraft mit deutlichem Vorsprung gegenüber den Nationalliberalen und Konservativen.

Allerdings gehörten zum Reichstagswahlkreis Erfurt auch zahlreiche ländliche Regionen, in der die Sozialdemokratie weitaus weniger erfolgreich war. Von daher wurden die innerstädtischen Wahlerfolge durch die Wahlkreisgeometrie zunichte gemacht. Erst im Jahr 1912 gelang es Heinrich Schulz erstmals nicht nur in der Stadt, sondern im gesamten Wahlkreis die Mehrheit zu erringen und als erster Sozialdemokrat für den Erfurter Wahlkreis in den Reichstag einzuziehen – Sie sehen, für nächstes Jahr haben Sie erneut einen Anlass zum Feiern.

Wahlerfolge gingen Wahlkämpfe voraus. Diese spielten im Kaiserreich eine immer größere Rolle. Zum einen verdeutlichen Wahlkämpfe den endgültigen Abschied von der Honoratiorenpolitik, wie sie noch in den 1880er Jahren geherrscht hatte. Zum anderen

stand der Wahlkampf auch symbolhaft für die Fundamentalpolitisierung der Gesellschaft im Kaiserreich.

„Parteigenossen!“ - schrieb die „Tribüne“ im Wahljahr 1903 – „Am nächsten Sonntag muß der letzte große Sturm auf die gegnerische Bastion erfolgen. Es wird in der Hauptsache ein Sturm mit dem Flugblatt werden“. Das Flugblatt wurde zum Hauptmedium des Wahlkampfes.

Die Dimension dieser Wahlkämpfe erreichte dabei ungeahnte Ausmaße. Auf sozialdemokratischer Seite las sich die Bilanz des Wahlkampfes 1912 folgendermaßen: „Die Agitation war infolge der Reichstagswahlen [...] besonders lebhaft“. Die Kosten beliefen sich auf 19.500 Mark. Der Verein hielt 199 öffentliche und 285 Mitgliederversammlungen ab und verteilte im Erfurter Wahlkreis 380.000 Flugblätter und 17.000 Broschüren.

Diese Erfolge und dieser Einsatz auf Ebene der Reichstagswahlen führt noch einmal drängender die Ausgangsfrage des heutigen Vortrags vor Augen: Warum scheitert die Sozialdemokratie auf kommunaler Ebene bis zum Ersten Weltkrieg bei den Wahlen?

Zunächst gilt es auf strukturelle Hemmnisse hinzuweisen.

Kommunalpolitik war nicht mit Reichstagswahlkampf zu vergleichen, ein Problem, das letztlich auch heute noch besteht. Die Probleme und Lösungsmöglichkeiten liegen vor der Tür, aber die Mobilisierung ist geringer. Für das Kaiserreich und die Sozialdemokratie kam hinzu, dass angesichts geringer Chancen die Aktivitäten auf lokaler Ebene deutlich eingeschränkt waren.

Erfurts Sozialdemokratie verweigerte sich zwar nicht der Wahl, wie dies in manchen anderen preußischen Städten der Fall war. Aber ein intensiver Wahlkampf fand nicht statt. Auch der Versuch mit Hilfe des Erfurter Mietervereins neue Wählerstimmern zu gewinnen, blieb im Ansatz stecken. Kommunalpolitischer Wahlkampf bedeutete daher auch nach 1900 noch, Wahlabsprachen zwischen den bürgerlichen Vertretern. Diese gingen einer Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner aus dem Weg und betonten, dass ihre Politik dem städtischen Gemeinwohl diene und allen zugute komme.

Ein zweiter struktureller Hemmschuh für sozialdemokratische Wahlerfolge lag darin, dass viele der Zuwanderer nach Erfurt zwar der Arbeiterschaft angehörten, aber nicht die preußische Staatsangehörigkeit besaßen. Der Anteil an Erfurtern, die in Thüringen geboren waren, stieg im Kaiserreich kontinuierlich an und lag nach 1900 bei knapp unter zwanzig Prozent.

„Wer diese seine Pflicht verletzt, versündigt sich an sich und seinen Klassengenossen“, lautete der moralisierende Appell des sozialdemokratischen Vereins, die preußische Staatsbürgerschaft zu erwerben und das Wahlrecht wahrzunehmen. Doch offensichtlich mit begrenztem Erfolg.

Drittens kam hinzu, dass viele Gruppen der Arbeiterschaft, die schon schwer für die Reichstagswahlen zu gewinnen waren, bei Kommunalwahlen überhaupt nicht mobilisiert werden konnten. Dazu zählten viele Heimarbeiter, die nur saisonal Beschäftigten in den Gartenbaubetrieben und die Arbeiter der staatlichen Gewerfabrik.

Viertens schließlich war die Wählerschaft in Erfurt – etwa im Vergleich zum eingangs beschriebenen Walterhausen – sehr viel stärker bürgerlich geprägt. Die Vielzahl an Beamten und Angestellten stellten eine wichtige Wählerbasis für die bürgerlichen Kandidaten dar. Außerdem konnten sie von ihren jeweiligen Arbeitgebern durchaus zur Wahl gedrängt werden. Despektierlich schrieb die „Tribüne“ 1912: „Alles wurde an den Wahltisch getrieben. [...] Immer Beamte und immer wieder Beamte, in- und außerdienstliche. Da kamen, Polizei-, Post-, Bahn-, Steuer- und Magistratsbeamte. Alles durcheinander.“

Der sozialdemokratische Verein war daher bei Kommunalwahlen im Vergleich zur Reichstagswahl einer stärkeren bürgerlichen Konkurrenz ausgesetzt. Unter der Wählerschaft überwog der bürgerliche Anteil. Der Einfluss der Sozialdemokratie blieb auf den harten, stabilen Kern der Vereinsmitglieder begrenzt. Die Stimmenanzahl korrelierte in hohem Maße mit der Zahl der Mitglieder. 1904 beispielweise wählten 857 Männer sozialdemokratische Kandidaten, der Verein hatte im selben Jahr 774 Mitglieder. 1910 erhielten die Sozialdemokraten immerhin 2.171 Stimmen und der Verein zählte rund 2.300 Mitglieder.

Aber selbst innerhalb des eigenen sozialdemokratischen Vereins gab es offensichtlich Mobilisierungsschwierigkeiten. Sowohl 1904 als auch 1908 kritisierte der Vorstand jene Mitglieder, die „ihre Pflicht in den Stadtverordnetenwahlen nicht erfüllt haben“. 1908 wurde daher im Vorstand beschlossen, „die Parteigenossen, die trotz mehrmaliger persönlicher Aufforderung [...] zur Wahl zu gehen, nicht erschienen

seien“, vor den Vorstand zu laden, „um festzustellen, welche Gründe sie zu ihrem Verhalten veranlaßt“ hätten.

Das leitet über zum Hauptgrund des Scheiterns der Sozialdemokratie in der Erfurter Politik: der kommunalen politischen Kultur. Ich spreche bewusst von der kommunalen politischen Kultur und nicht von dem Dreiklassenwahlrecht allein. Denn es gab in Preußen nach 1900 zahlreiche andere Städte, in denen es unter dem gleichen Wahlrecht sehr wohl gelang, Sozialdemokraten in die Stadtparlamente zu wählen.

Auch in der sozialdemokratischen Zeitschrift „Kommunale Praxis“ wunderte sich der Redakteur über die Erfurter Erfolglosigkeit und mangelnde Wahlbeteiligung: „Es dürfte allerdings selten sein, daß in einer Gemeinde, in der die Sozialdemokratie sich seit Jahren an den Gemeindewahlen beteiligt, nur 25 Prozent der Wähler an die Urne treten“

Dennoch ist, erstens, das Wahlrecht als zentrales Element politischer Kultur zu nennen, wenn es um die kommunalpolitischen Niederlagen der Sozialdemokratie im Kaiserreich geht. Dieses Wahlrecht teilte die männlichen Wahlberechtigten nach ihrem Steueraufkommen in drei Klassen ein. Jede Klasse wählte ein Drittel der Stadtverordneten.

Das Extrembeispiel bot Essen. Dort war in den 1880er Jahren Alfred Krupp dank seiner Steuerleistungen der einzige Wähler der I. Klasse und bestimmte so allein über zwölf der 36 Essener Stadtverordneten. Ganz so krass sah die Situation in Erfurt nicht aus. Aber auch in der preußischen Bezirkshauptstadt konnten 1904 in der I. Klasse 219

Wähler über ein Drittel der Stadtverordneten abstimmen – gegenüber fast 11.000 Wählern in der III. Klasse.

Hinzu traten weitere restriktive, für ganz Preußen gültige Bestimmungen, etwa dass die Hälfte der Abgeordneten über Hausbesitz verfügen mussten.

Durch steigende Löhne und Gehälter und den daraus resultierenden Steuerzahlungen nahm zwar die Zahl der Wahlberechtigten ständig zu – von rund 8.000 im Jahr 1890 auf fast 19.000 Männer im Jahr des Kriegsausbruchs. Allerdings waren im Vergleich dazu bei der letzten Reichstagswahl im Jahr 1912 in Erfurt 27.000 Männer wahlberechtigt gewesen.

War es schon schwierig, das Wahlrecht zu erlangen, so wurde einem Bürger die Wahlbeteiligung noch schwerer gemacht. Preußenweit galt für Kommunalwahlen die öffentliche Wahl. Überwachung und Schikane waren damit Tür und Tor geöffnet.

Die öffentliche Stimmabgabe, bei der in Gegenwart von Honoratioren und Polizei, die Namen der Kandidaten genannt werden mussten, stellte *das* Hindernis für eine freie Willensäußerung schlechthin dar. In einem Schreiben vom 31. Mai 1889 an Oberbürgermeister Richard Breslau fragte der Regierungspräsident, ob es zutrefte, dass „der bei der hiesigen Kgl. Regierung angestellte Hauptkassen-Buchhalter Gummert bei der letzten Wahl zur Stadtverordnetenversammlung“ den Sozialdemokraten Paul Reißhaus gewählt habe.

Angesichts einer solchen Überwachungspraxis war es für untere Angestellte, die durchaus Sympathien für sozialdemokratische Themen wie niedrige Mieten und steuerliche Vergünstigungen auf Nahrungsmittel haben konnten, unmöglich für sozialdemokratische Kandidaten zu stimmen. Das Gleiche galt für die im Staatsbetrieb arbeitenden Gewehrarbeiter, wollten sie nicht ihren Arbeitsplatz verlieren.

Aber mit der öffentlichen Stimmabgabe mussten Wähler in allen preußischen Städten leben. Verschärfend kam in Erfurt hinzu, dass bis zum Ende des Kaiserreichs lediglich in einem einzigen Wahllokal die Stimmabgabe möglich war. Obwohl die preußische Städteordnung die Einführung von Bezirkswahlen erlaubte und viele Städte diese Möglichkeit aufgriffen, verweigerten die Erfurter Stadtverordneten ihren Wählern diese Erleichterung. Diese Maßnahme war eindeutig gegen die Arbeiterschaft gerichtet, die so in ihren Partizipationsmöglichkeiten massiv beschnitten wurde.

Der Weg aus einem der Betriebe – gewählt wurde immer an einem Werktag – ins Wahllokal im Stadtzentrum in der Barfüßerstraße war vielen Arbeitern zu weit. Selbst wenn sie bereit waren, ihre Mittagspause für den Wahlakt zu opfern, konnte es sein, dass sie nicht zur Stimmabgabe kamen: „In fürchterlicher Enge mußten die Wähler 1 1/2 - 2 Stunden auf Abfertigung warten. So ist es denn nicht zu verwundern, wenn eine große Anzahl Wähler das Lokal verließ, ohne von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht zu haben. Wir zählten allein in der Mittagsstunde des 23. November 225 Personen“, beschrieb die „Tribüne“ die Situation im Wahllokal im Jahr 1898.

Noch 1910 wurde eine Petition des Erfurter sozialdemokratischen Vereins, Bezirksahlen einzuführen, von den Stadtverordneten abgelehnt. Die Wahl zog sich unter diesen Bedingungen im Jahr 1912 über sechs Werkstage hin. Die Distanz zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum wurde durch diese Ausgrenzungsstrategien deutlich herausgestrichen und zur persönlichen Erfahrung.

Symbolträchtig wurde die unterschiedliche soziale Geltung einzelner Bevölkerungsgruppen im politischen Gemeindeleben zum Ausdruck gebracht. Die städtische Elite und ein Teil des Bürgertums schotteten sich vor der übrigen Einwohnerschaft ab und verteidigte auch in der dritten Wählerklasse ihre durch das Anwachsen der potentiellen Wähler bedrohte Machtstellung.

Kommunalpolitik sollte bürgerliche Politik bleiben. Sie war der Arkanbereich bürgerlicher Macht. Angesichts wahlrechtlicher Hemmnisse und Exklusionsmechanismen in der politischen Kultur der Stadt gelang es daher der Erfurter Sozialdemokratie nicht in die bürgerliche Stadtpolitik einzudringen. Schließlich wurden erst mit der Eingemeindung von Ilversgehofen auch die ersten Sozialdemokraten Karl Gaßmann und August Nowag gewissermaßen in einem Verwaltungsakt in die Erfurter Stadtverordnetenversammlung gehievt und nicht als Resultat einer Wahl.

Die sozialdemokratische „Tribüne“ bedauerte dies in ihrer Ausgabe vom 13. Mai 1911: „Wir machen keinen Hehl daraus, daß uns der Einzug unserer Genossen i[ns] Rathaus, als der Siegespreis eines wenn auch noch so harten Wahlkampfes ungleich sympathischer gewesen wäre“.

Die Exklusion der Arbeiterschaft sowie die Dominanz des Bürgertums in der Stadtverordnetenversammlung und Stadtverwaltung lenken auf eine weitere Frage hin. Führt der Ausschluss der Vertreter der Arbeiterschaft zu einer rein bürgerlichen Interessenpolitik? Oder spiegelt sich das von den bürgerlichen Eliten vertretene Prinzip des übergreifenden Gemeinwohls in der konkreten Kommunalpolitik? Gelang es der von bürgerlichen Gruppen dominierten lokalen Politik, klassen-, schichten- und milieuübergreifende, vermittelnde Akzente zu setzen?

Zunächst ist festzuhalten, dass auch Erfurt in den Prozess der sogenannten Leistungsverwaltung integriert wurde. Besoldete Stadträte, städteübergreifende Konferenzen und Expertenrunden, moderne Planungsverfahren sowie der Aufbau und die Weiterentwicklung der Infrastruktur standen für diese Professionalisierung, die sich auch in Erfurt unverkennbar durchsetzte. In diesen Prozess war langfristige – und meist mit Verspätung – auch die Arbeiterschaft Erfurts integriert. Drei Beispiele sollen kurz die Bandbreite und Potentiale kommunaler Politikfelder beleuchten.

Die Entwicklung der Straßenbahn von einem reinen Luxusgut für die Wohlhabenden zu einem Massenverkehrsmittel steht als Beispiel für einen schrittweisen Übergang hin zur Integration der Arbeiterschaft in die städtische Gesellschaft. Bereits 1893 begann in Erfurt die Planung zur Elektrifizierung der bisherigen Pferdebahn, die auch zügig umgesetzt werden konnte.

Doch bis nach der Jahrhundertwende wurde die Straßenbahn von der Arbeiterschaft vor allem als Transportmittel genutzt, das man sich an einem Feier- oder Sonntag ausnahmsweise gönnte. Noch 1908 urteilte die „Tribüne“ kritisch, die Straßenbahn sei „noch weit davon entfernt“, „ein modernes Verkehrsmittel zu sein. Heute ist sie nur eine der Bequemlichkeit dienende Einrichtung, die mit modernen Mitteln betrieben wird“.

Zum einen hatte die sozialdemokratische Zeitung Recht, da in der Trassenführung der Straßenbahn das sogenannte „Ostend“, in dem viele Arbeiter wohnten, zu diesem Zeitpunkt nicht einbezogen wurde. Auf der anderen Seite aber wurden die nördlichen Arbeiterbezirke sehr wohl in das Streckennetz integriert. Der Zahl der Fahrgäste stieg von rund 2,2 Millionen im Jahr 1895/96 auf 7,6 Millionen im Jahr 1913/14 und es wurden vergünstigte Wochenkarten eingeführt. Beide Indizien zeigen, dass auch die Arbeiterschaft im alltäglichen Leben mehr und mehr von dieser städtischen Infrastrukturmaßnahme profitierte.

Klassengesellschaftlich geschlossen blieb allerdings – als zweites Beispiel – weitgehend das Schulsystem. Von einer schulgeldfreien Bürgerschule, die die Sozialdemokraten in Waltershausen durchgesetzt hatten, konnte Erfurts Arbeiterschaft nur träumen. Mitte der 1890er Jahre lag das Schulgeld für die I. Bürgerschule bei 30 Mark im Jahr – ein Betrag, den sich auch gelernte Arbeiter nicht so einfach leisten konnten. Er entsprach etwa zwei bis drei Wochenlöhnen.

Der Weg zum Abitur blieb im Kaiserreich für Arbeiterkinder fast völlig verschlossen. 1909 erhielt der Sohn des Herausgebers der „Tribüne“ an der Oberrealschule sein Abiturzeugnis – der einzige Abiturient der indirekte Wurzeln in der Arbeiterschaft und direkte in der Arbeiterbewegung hatte.

Immerhin gelang es der Stadtverwaltung mit einem ambitionierten Schulbauprogramm in Höhe von 3,7 Millionen Mark, dass trotz ständig steigender Schülerzahlen die Zahl der Kinder konstant bei 59 pro Klasse gehalten werden konnte.

Die ganze Ambivalenz der Kommunalpolitik gegenüber der Arbeiterschaft zeigte sich schließlich in der Errichtung eines städtischen Arbeitsamtes. 1893 argumentierte Erfurts Oberbürgermeister Paul Schneider, dass die Form der „Umschau“ bei der Stellensuche völlig unbefriedigend sei. Außerdem hätten sich zahlreiche private Vermittlungsagenturen gegründet, die aber den Arbeitern nur das Geld aus der Tasche zögen. Daher wolle die Stadtverwaltung zum Wohl der Arbeiterschaft ein städtisches Arbeitsamt gründen.

Doch in der organisatorischen Ausgestaltung kam es erneut zu Ausgrenzungsmechanismen. Die Stadtverwaltung lehnte es kategorisch ab, die Verwaltung des Arbeitsamtes in die Hand des Gewerbegerichts zu legen, da dort sich immer klarer eine deutliche sozialdemokratische Mehrheit unter den Beisitzern abzeichnete. Selbst der Vorsitzende des konservativ ausgerichteten Evangelischen Arbeitervereins Erfurts, Pastor Ottomar Lorenz, konnte sich mit seiner Ansicht nicht durchsetzen, dass ein funktionierendes Arbeitsamt die

Unterstützung der Sozialdemokratie brauche und so zu ihrer Integration beigetragen würde.

Langfristig blieb als Ergebnis, dass das Arbeitsamt vor allem von ungelerten Arbeitern und Frauen aufgesucht wurde, während die Facharbeiter und gelernten Handwerker auf die Fachvermittlung der jeweiligen Gewerkschaften zurückgriffen.

Insgesamt gesehen besteht kein Grund, ein Schwarz-Weiß-Bild der konkreten Erfurter Kommunalpolitik zu zeichnen – trotz aller Benachteiligungen der Arbeiterschaft und Ausgrenzungen gegenüber der Sozialdemokratie. Die Grautöne und Schattierungen überwiegen, auch wenn wir abschließend Erfurt in die deutsche kommunalpolitische Städtelandschaft vor dem Ersten Weltkrieg einordnen.

Mit einer sozialpolitischen Vorzeigestadt wie dem preußischen Frankfurt am Main konnte sich das preußische Erfurt nicht messen. Auch süddeutsche Städte wie München zeigten stärkere Tendenzen der Kooperation und des Interessenausgleichs. Erfurt gehörte so gesehen schon zu den strukturkonservativen Städten des Deutschen Kaiserreichs. Im Vergleich zu manchen Städten des Ruhrgebiets oder des Saarlandes, die von der Industrialisierung geradezu überrollt wurden und erst in einem langwierigen nachholenden Prozess überhaupt basale Strukturen aufbauten, war Erfurt und Erfurts Arbeiterschaft durchaus privilegiert.

Außerdem gab es auch in Erfurt Anzeichen dafür, dass die Moderne Einzug in die Stadt hielt. Hermann van der Velde für einen geplanten

Museumsneubau zu berufen gehörte ebenso dazu wie Edwin Redslob – einen am Expressionismus interessierten Kunsthistoriker – die Stelle als Museumsdirektor zu übertragen. Dass damit sich auch interne Streitigkeiten im Bürgertum, in der Stadtverwaltung und im Stadtparlament verbanden, kann dabei nicht überraschen.

Schließlich bestanden auch im benachbarten Herzogtum Sachsen-Coburg-Gotha klare Grenzen der Liberalität. Der Beschluss der sozialdemokratischen Mehrheit in Waltershausen, das Bürgergeld abzuschaffen, wurde beispielsweise von der Landesregierung, der solche Entscheidungen vorgelegt werden mussten, abgelehnt.

Völlig neue Perspektiven eröffneten sich sowohl in Thüringen als auch in Preußen erst nach der Revolution von 1918. Unter den neuen Bedingungen des Kommunalwahlrechts und einer veränderten politischen Kultur errangen SPD und USPD in Erfurt die Mehrheit im Stadtparlament.

Erst der Umbruch von Krieg und Revolution ermöglichte auch für einen der beiden ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten Erfurts einen weiteren Karriereweg. August Nowag wurde nicht nur 1919 zum Vorsteher des Erfurter Stadtparlaments gewählt, sondern wurde später Bürgermeister von Sömmerda und konnte so städtische Politik gestalten.

Für die Zeit des Kaiserreichs blieben der Erfurter Sozialdemokratie diese Gestaltungsmöglichkeiten verwehrt. Es war ihr Verdienst, sich für eine politische Öffnung, für eine Teilhabe der Arbeiter „als gleichberechtigte Bürger“ und für ein bürgerschaftlich-politisches

Engagement auf lokaler Ebene eingesetzt zu haben – ein Engagement, das eine bürgerliche Mehrheit der Arbeiterschaft zu verwehren suchte.

Dr. Jürgen Schmidt studierte Geschichte, Politikwissenschaft und Germanistik in Heidelberg, Innsbruck und Berlin (Freie Universität). Zurzeit arbeitet er an der Humboldt-Universität zu Berlin im Internationalen Geisteswissenschaftlichen Kolleg „Arbeit und Lebenslauf in globalgeschichtlicher Perspektive“.

Weitere Informationen zur Geschichte Erfurts im Deutschen Kaiserreich bietet sein Buch „Begrenzte Spielräume. Eine Beziehungsgeschichte von Arbeiterschaft und Bürgertum am Beispiel Erfurts 1870-1914“